

Bauen in Zürich zwischen Utopie und Resignation

Vortrag vom Mittwoch, den 16. März 1988 anlässlich der SIA Hauptversammlung in Zürich

Meine Damen und Herren,

Bauen in Zürich zwischen Utopie und Resignation lautet der Titel meiner Ausführungen, um die mich Ihre Vereinigung gebeten hat. Sicher verstehen nicht alle im Saal unter Utopie dasselbe, noch werden alle dem Stichwort Resignation dieselben Inhalte zumessen. Ich versuche Ihnen kurz darzulegen, was ich damit meine.

Der Begriff "Utopie" wird in unseren Breitengraden vor allem im Sinne von "unrealistisch" gebraucht. Ein Utopist zu sein, ist geradezu ein Schimpfwort. Utopien entstehen immer aus einer Situation des Mangels. Erst die Erfahrung eines Mangels an der erlebten Wirklichkeit birngt überhaupt utopisch kritisches Bewusstsein hervor. Leider vergisst man, dass der Begriff utopisch vor allem jene positive Kraft der Vorstellung meint, welche die gesellschaftliche Entwicklung immer wieder vorwärtstreibt. Dass ich im Bezug auf das Bauen in Zürich durchaus meine positiven ja sogar utopischen Vorstellungen habe, werde ich Ihnen später darlegen. Damit wir uns im Moment besser verstehen, will ich den Begriff "utopisch" vorerst also im landläufigen Sinn von "unrealistisch verwenden. Die Sehnsucht von Bauherren, Planern, Architekten und Politikern, Zürich nach Vorbildern anderer Städte zu gestalten betrachte ich als utopisch. Wer begeistert von einer Reise nach Hongkong zurückkommt und das Bauen in Zürich an demjenigen von Hongkong, Paris, London oder Tokio misst, kann nur Enttäuschungen erleben. Zürich

ist nicht Singapur und nicht eine andere Weltstadt. Zürich ist Zürich, eine mittlere Stadt mit ihren eigenen historischen Gegebenheiten und Gesetzmässigkeiten, mit einer konservativ eingestellten Bevölkerung. Wer in dieser Stadt tätig sein will, muss den Charakter und die Eigenart dieser Stadt anerkennen und gerne haben. Bauen nach anderen Vorstellungen ist unrealistisch. Grosse städtebauliche Würfe werden in nächster Zeit in Zürich nicht gefragt sein. Städtebauliche Entwicklungsperspektiven, welche die in den Grundstückparzellen gespiegelten Eigentumsverhältnisse elegant ignorieren, gehören ins Reich der Utopien. Wer also sein Herz daran hängt, wird mit Sicherheit enttäuscht werden. Diese Feststellung ist nicht etwa eine negative Wertung. Ganz im Gegenteil: Solche städtebaulichen Gesamtlösungen wären durchaus erwünscht. Doch die Verhältnisse, die sind nicht so.

Ebensowenig ist aber die resignative Haltung gerechtfertigt. Bauen in Zürich ist nach wie vor eine faszinierende Aufgabe, wenn man Abschied genommen hat von Grossstadträumen und die Realitäten dieser Stadt als Herausforderung annimmt. Für gute Architekten und kultivierte Bauherren stellen sich heute ganz besondere Aufgaben. Die Bausünden der vergangenen Jahrzehnte sind wieder gutzumachen. Wer nur über die ach so einschränkenden Baugesetze klagt, mit dem Anwalt anstatt mit dem Architekten baut, wessen Mass aller Dinge die Ausnützung ist, hat resigniert. Gute Beispiele zeigen, dass für den motivierten Bauherren, der es versteht, einen Architekturkünstler zu engagieren oder der sich sogar an einen Wettbewerb wagt, vielerlei Lorbeeren zu holen sind. So ist die Resignation möglicherweise einfach die bequeme Ausrede, um die Herausforderung

nicht annehmen zu müssen.

Im ersten Teil meines Vortrags möchte ich Ihnen schildern, wie ich die Stadt Zürich sehe; welche Probleme nach meiner Auffassung zu lösen sind und welche Entwicklungsperspektiven ich für unsere Stadt als wünschenswert erachte.

Zur Entwicklung der Stadt Zürich

Die jüngste Geschichte unserer Stadt ist die Geschichte des Ausbaus der Zentrumsfunktion; eine Entwicklung, die nicht im ganzen Land gerne gesehen wird und deshalb den Namen Wasserkopf Zürich geprägt hat. Unter Zentralität verstehen wir eine doppelte Erscheinung: Auf der einen Seite wird die Stadt für das Umland immer besser erreichbar und auf der anderen Seite greift die Stadt immer weiter ins Umland hinaus. Zentralität entwickelt sich also hauptsächlich parallel mit den Verkehrsverbindungen, die praktisch alle radial zur Stadt verlaufen.

Zur Zeit des Ancien Regimes war Zürich souveräne Hauptstadt eines Untertanengebietes, mit Bern um die politische Führung der Eidgenossenschaft konkurrierend, aber immer noch eine kleine Stadt. Basel und Genf waren weit bedeutendere Städte. Zwei politische Ziele hat das alte Zürich nicht geschafft: Weder Baden noch Rapperswil wurden erworben. Der freundeidgenössische Futterneid wusste das zu verhindern. Heute gehören beide Städte zum Wirtschaftsraum Zürich. Zürichs wirtschaftlicher Aufstieg begann mit der 3. Eisenbahn. Ein Blick in die Eisenbahnkarte genügt. Nicht Olten, Zürich ist das Herz der Eisenbahnschweiz. Und mit der Eisenbahn kam der erste grosse Zentralitätsschub.

Die Ursache des zweiten Zentralitätsausbaus war das Flugzeug. Stellen Sie sich vor, der wichtigste schweizerische Flughafen wäre bei Bern... .

Das Auto verursachte den dritten Schub. Zwar wissen wir immer noch nicht so recht, wie und ob überhaupt das Nationalstrassennetz in Zürich zusammengeknüpft werden soll. Zusammen mit den radialen Kantonsstrassen verfügt die Region Zürich über das dichteste Strassennetz der Schweiz. Damit wurde die Zentralität der Stadt noch einmal entscheidend gesteigert. Es gibt übrigens Untersuchungen, die zeigen, dass die durchschnittliche Zeit, die für den täglichen Arbeitsweg aufgewendet wird, seit Jahren ungefähr konstant ist. Was sich hingegen geändert hat, ist die Strecke, die man in dieser Zeit zurücklegen kann: Mit dem Tram von Wollishofen nach Oerlikon ist sozusagen dasselbe wie mit dem Auto von Wil nach Wollishofen. Das Einzugsgebiet der Stadt ist dementsprechend gewachsen. Der nächste Zentralitätsschub kommt wieder per Eisenbahn. S-Bahn und Bahn 2000. Man kann dann problemlos in Basel wohnen und in Zürich arbeiten. Es fragt sich nur, problemlos für wen. Auf keinen Fall problemlos für die Stadt Zürich und ihre Bewohnerinnen und Bewohner. Ohne im Einzelnen näher darauf einzugehen, nenne ich einige Stichworte. Die Sache an sich ist schon vielfach dargelegt und diskutiert worden:

- Ungleichgewicht zwischen Wohnen und Arbeiten
- Ueberbelastung der Stadt an zentralen Infrastruktureinrichtungen gemessen an der Zahl der Bewohner, die sie nicht nur finanziell tragen müssen
- Verdrängung der wirtschaftlich Schwächeren und Arbeitsplatzmono-

kultur des tertiären Sektors

- Verlust an Lebensqualität durch Uebernutzung der natürlichen Ressourcen und
- Verlust an echter Urbanität. Wir leben unter der Herrschaft der Agglomeriten

Die Liste könnte fortgesetzt werden. Am einrücklichsten kommen sie in den unzähligen Briefen von besorgten Bürgerinnen und Bürger an die sehr geehrte Frau Stadträtin und den sehr geehrten Herrn Stadtrat zum Ausdruck, die sich über den Lärm, den Verkehr, die schlechte Luft, die neue Parkgarage im Wohnquartier, über das neue Bauprojekt, das Fällen von Bäumen im Nachbargarten etc. beklagen und die selbstverständlich hoffen, wünschen, verlangen und fordern, dass wir alle ihre Probleme sofort lösen.

Wir wollen aber auch die vielen Pluspunkte nicht vergessen: Noch nie ist es uns Zürichern materiell besser gegangen als heute. Wir sind die Neureichen Europas geworden. Und: In der Stadt wohnen bedeutet eine grosse Wahl an vielerlei Aktivitäten beruflicher und kultureller Art und damit viele Freiheitsgrade zu haben.

Dennoch: Die Trends sind klar gesetzt. Wir wissen, was geschieht, wenn nichts geschieht. Noch weniger Einwohner, noch mehr Arbeitsplätze, noch mehr Belastung der Infrastruktur, "noch schlechtere Umweltbedingungen und eine nach Arbeitsschluss verödete City. Wir wissen, dass diese Entwicklung vom grössten Teil der Zürcher Bevölkerung nicht gewünscht wird und dass wir Politikerinnen und Politiker beauftragt sind, etwas dagegen zu tun. Gegensteuer zu geben. Doch wie und in welcher Richtung? Hier gehen die Meinungen

scharf auseinander.

Wohnstadt Zürich in der Arbeitsregion Zürich

Für mich ist das Ziel der Stadtentwicklung klar: Zürich soll die Wohnstadt der Arbeitsregion Zürich werden. Anzustreben ist also eine Stabilisierung der Zahl der Arbeitsplätze in der Stadt Zürich und Ansiedlung auch von Dienstleistungsarbeitsplätzen in der Region, wo viele ArbeitnehmerInnen auch wohnen und Stabilisierung und später vielleicht gar eine leichte Zunahme der Wohnbevölkerung in der Stadt Zürich. Kurz: Trendumkehr.

Immerhin ist es uns dank Wohnanteilplan und Wohnerhaltungsgesetz gelungen, die Bevölkerungszahl in den letzten zwei Jahren in etwa zu stabilisieren.

Wie ist eine Trendumkehr zu erreichen? Vorerst noch eine wichtige Feststellung: Wenn immer behauptet wird, die Ansiedlung von Dienstleistungsarbeitsplätzen in der Region führe zu einem Ausbluten der Stadt Zürich, wenn man uns immer damit droht, dass wichtige Firmen die Stadt Zürich verlassen würden, wenn wir nicht dies oder jenes tun würden, so sprechen die Tatsachen eine andere Sprache: Die Attraktivität des Standortes Zürich ist offenbar nach wie vor so gross, dass für jeden Betrieb, der Zürich verlässt, fünf andere anstehen, um nach Zürich zu kommen.

Nochmals, wie ist Trendumkehr zu erreichen?

Ich beschränke mich auf jene Aspekte einer Gesamtpolitik, die mir selber wichtig sind. Ich nehme auch an, dass diese Sie als Bau-fachleute ebenfalls interessieren.

1. Abschied vom Monokulturdenken. Das heisst, wir sollen aufhören, die Stadt nur als Zusammenspiel von Gebieten mit nur einer Nutzung zu verstehen. Hier Dienstleistung, dort wohnen. Wir müssen eine Durchmischung verschiedener Nutzungsarten anstreben. Dienstleistungsgebiete mit einem Wohnanteil 0 ist nicht mehr erwünscht, schon wegen dem Verkehrsaufkommen nicht.

2. Die Stadt muss wieder bewohnerfreundlich gemacht werden. Das heisst, wir wollen die Lebensqualität, die in den letzten Jahren bedenklich gesunken ist, wieder heben. Dazu gibt es zwei Mittel: Die Steigerung der Wohnqualität als Ergebnis der umweltpolitischen Massnahmen und die Förderung einer echten Urbanität. Urbanität heisst, die Stadt als öffentlichen Begegnungsraum verstehen, heisst, sie nicht länger bloss als Kulisse zu gebrauchen. Zürich ist mehr als hier eine Arbeitsstadt, die am Abend ausgestorben wirkt und ein Rummelplatz dort. Die Stadt muss ein ausgezeichneter Platz, ein Wohnort sein, der sich von der Umgebung, der Agglomeration abhebt, seine städtischen Qualitäten zeigt und ausgestaltet und in dem wir zuhause und verwurzelt sind. Die Stadt gehört den Urbaniten. Wenn ich mehr Lebensqualität fordere, meine ich damit nicht mehr Dörflichkeit und agglomeratorischen Einheitsbrei von Ungestaltetem, Zufälligem und Orientierungslosem. Gute Luft, weniger Lärm und mehr Grünräume in einer Stadt hat nichts mit Ländlichkeit zu tun, sondern viel mit bewusstem Gestalten des urbanen Raums.

3. Zürich braucht endlich wieder eine Baukultur. Wir müssen an unsere Bauten höhere Qualitätsansprüche stellen. Wer gute Architektur will, muss vor allem etwas gegen die schlechte tun. Es geht

nicht nur um das künstliche Erzeugen von wenigen Spitzenleistungen, versteckt und schwer zu finden in der ganzen Stadt, als viel mehr um das Verhindern des massenhaft anzutreffenden Ungenügenden. In unseren Bauten beweisen wir unser kulturelles Bewusstsein und unsere kulturelle Verantwortung viel nachhaltiger und dauerhafter als in vielen anderen kulturellen Anstrengungen, die nur für den Tag Bestand haben müssen.

4. Die Zeit des schnellen Machens ist vorbei. Wir werden in Zürich in den nächsten Jahren kein quantitatives Wachstum, sondern grosse qualitative Verbesserungen benötigen. Die Stadt ist gebaut. Sie muss nicht neu- sondern umgebaut werden. Umgebaut zu einem lebenswerteren Zürich, mit hohen urbanen Qualitäten.

5. Einige in dieser Stadt müssen Abschied nehmen von ihren Weltstadtneurosen. Wir leben über unseren Verhältnissen. Zürich ist gross genug. Wir brauchen mehr Lebensqualität, nicht mehr Rekorde. Das heisst, wir müssen unsere Geschichte und das, was sie uns baulich hinterlassen hat anerkennen. Die Stadt ist nur die Jetztform eines jahrhundertealten Prozesses. Diese gewachsenen Strukturen müssen wir respektieren, nicht sprengen. Baukultur bedeutet, mit der gebauten Stadt in einen Dialog treten. Nur wer dazu willens und fähig ist, sollte in Zürich bauen dürfen.

Welches sind die Rahmenbedingungen, innerhalb derer wir operieren? So wenig wie die Natur, so wenig machen auch die Städte Sprünge. Es gibt keine plötzlichen Kertwendungen innerhalb der Stadtentwicklung, es gibt nur langsame und mühselige Prozesse. Was wir aber tun können, ist durch Behinderung oder Förderung schrittweise

eine Trendumkehr einleiten. Dabei müssen wir uns klar sein, dass gewisse Dinge wohl noch für eine kurze Zeit stabil sein werden in der Schweiz. Allem voran die Eigentumsordnung an Grund und Boden. Auch die Kompetenzverteilung zwischen Bund, Kanton und Gemeinden wird sich in den nächsten Jahren kaum merklich ändern, obwohl dies in einigen Belangen ausserordentlich erwünscht wäre. In den meisten Fällen gelten in der Stadt die selben Gesetze wie in der Gemeinde Sternenberg. Die Stadt kann also für sich keine Sonderrechte beanspruchen, auch wenn dies in vielen Fällen absolut sachgerecht wäre. Es ist nicht einzusehen, weshalb in der dicht gebauten Stadt grundsätzlich dasselbe kantonale Baugesetz gelten sollen wie in einem kleinen Bauerndorf. Klar ist, dass wir ohne Zusammenarbeit zwischen dem Kanton und unseren Nachbargemeinden nichts erreichen werden.

Unser ganzes Planen und Handeln geht immer von der Voraussetzung aus, als wäre uns vom Schicksal für immer eine stabile und prosperierende Wirtschaft bestimmt worden. Unsere Pläne gründen auf Besitzgarantie plus die angemessener Zuwachsraten. Was aber geschieht, wenn der nächste Börsenkrach nicht so harmlos verlaufen würde? Niemand weiss es.

Aehnlich sicher scheinen wir unsere politischen Verhältnisse zu beurteilen. Grundsätzliche Aenderungen sind uns geradezu unvorstellbar. Warum sind wir da eigentlich so sicher? Wie immer auch, ich rechne sie selber auch zu den stabilen Rahmenbedingungen, innerhalb derer ich handeln muss und kann.

Zürich als Wohnstadt in der Arbeitsregion Zürich ist ein politi-

schies Programm. Um diese Zielsetzung zu realisieren, braucht es nicht nur einen deutlichen politischen Willen sondern auch eine demokratische Mehrheit. Diese Mehrheit - da bin ich optimistisch - wird sich auch finden lassen.

Als Vorsteherin des Bauamtes II stehen mir verschiedene Instrumente zur Verfügung, um gemäss dem Ihnen skizzierten politischen Programm zu wirken. Ich möchte Ihnen diejenigen vorstellen, mit denen Sie in Ihrem Alltag am meisten zu tun haben. Dabei möchte ich Ihnen aufzeigen, wie diese Instrumente eingesetzt werden sollen.

Ich werde aber heute nicht reden von einem besonders wichtigen Instrument, nämlich von der Bau- und Zonenordnung, die wir gerade jetzt revidieren. Dieses Thema allein ist abendfüllend. Ich bin aber gerne bereit, darüber mit Ihnen zu einem anderen Zeitpunkt zu diskutieren. Immerhin soviel: Die skizzierten Zielsetzungen bilden u.a. die Grundlage für die Revisionsvorlage.

Auch zum Thema "Denkmalpflege" möchte ich mich heute Abend aus Zeitgründen nicht äussern, obwohl denkmalpflegerische Aspekte in Zusammenhang mit Stadtentwicklung sehr wichtig sind.

Vorerst aber noch ein spezielles Wort zur Architektursituation in Zürich. Sie ist nicht besser aber auch nicht schlechter als in anderen Städten.

Prinz Charles von England soll einmal gesagt haben, die Architekten hätten London mehr zerstört als der zweite Weltkrieg. So krass

gilt dies nicht für Zürich, weil Zürich keinen Weltkrieg erlebt hat. Die Zerstörung bei uns ging bei uns lautloser, schleichender voran, sie war sauber über Jahrzehnte verteilt. Man hat sich langsam daran gewöhnt, ist irgendwie unzufrieden und unglücklich, verspürt eine Sehnsucht nach Intaktheit, Schönheit und Qualität. Es ist sicher falsch, die Architekten allein für bauliche Qualität unserer Städte verantwortlich zu machen. Bauherren und die öffentliche Hand trugen das ihre bei. Immerhin ist festzustellen, dass nach 1950 etwa die Hälfte der Bausubstanz in der Stadt verändert wurde. Die Qualität dieser Veränderung was schlecht, gebauter Kram, wie Rudolf Schilling sagt, billig und schnell hingeklotzt. Wenn sich aber heute eine ablehnende Haltung breiter Bevölkerungskreise gegen jedes neue Bauwerk manifestiert, ist dies nur die Reaktion auf die Sünden der letzten Jahrzehnte. Eines aber scheint mir besonders betonenswert: 1988 ist nicht 1968. Die Zeiten der grossen Aufbrüche sind im Moment vorbei. In Richtung neue Gesellschaft ist sie vorbei und in Richtung schnelles Geld wird sie es hoffentlich bald sein. Die Machergeneration der Architekten hat sich verbraucht. Die heilige Dreieinigkeit von Schneller, Grösser, Höher ist nicht länger gefragt. Was wir wirklich brauchen ist Baukunst, nicht länger Baumasse. Das heisst also, wir brauchen wieder Architekten und Planer, die mehr können als Zusammenzählen und organisieren. Wir brauchen wieder Baukünstler im guten Sinne. Nicht weltfremde Wolkenschieber, aber Leute, die mit ihrer Aufgabe ringen. Entwerfer, die sich nicht mit dem Banalen zufrieden geben. Vergessen Sie nicht, dass wir in einer Zeit leben, die den Architekten mit wachsendem Misstrauen auf die Finger schaut. Nicht ohne Grund, wie Sie sich auf einem Spazier-

gang durch die Stadt selber überzeugen können. Dasselbe gilt auch für die Bauherrschaften. Einhalten der Kostenvoranschläge und termingerechte Lieferungen sind nicht mehr alleinseeligmachend. Es braucht mehr: Wahrnehmung der kulturellen Verantwortung. Diese ist immer, wie jede kulturelle Tat mit Verzicht verbunden, in unserem Falle zwar nicht immer, aber vielleicht manchmal sogar Verzicht auf die maximale Ausnutzung. An ihren Bauten werdet ihr sie erkennen.

Wer meint, in Zürich im Stile der sechziger und ziebziger Jahre bauen zu können, mit derselben fidelen Wurstigkeit, hat Illusionen. Wir verlangen mehr Qualität und versuchen diese auch durchzusetzen.

Der Architekt der Gegenwart muss in erster Linie Kulturschaffender, Künstler sein. Er versucht sein Projekt im Dialog mit der Umgebung so zu gestalten, dass eine gute Einordnung resultiert, was unter keinen Umständen nur Anpassung, nur Unterordnung unter das Vorhandene sein muss: Ganz im Gegenteil: Die genaue Analyse der Umgebung kann durchaus zu sehr spannungsvollen Bauten führen, die eine Weiterentwicklung und ein gehaltvolles Zeichen unserer Zeit sein können.

Ich bin von solchen Bürgerinnen und Bürgern gewählt worden, die fordern, dass ein Exekutivmitglied die ihm übertragene Verantwortung auch tatsächlich wahrnimmt. Ich bin deshalb auch gewillt, diese Verantwortung zu tragen, indem ich versuche, die mir zur Verfügung stehenden Instrumente so einsetze, dass die Qualität des Bauens erhöht, die Stadtstruktur respektiert und die städtische

Lebensqualität verbessert wird.

Stichwort Bauamt II

Es dürfte bekannt sein, dass ich bei meinem Amtsantritt in verschiedenen Abteilungen eine Situation angetroffen habe, die ein optimales Arbeiten nicht erlaubt. Die erste Sorge galt also zuerst meiner Verwaltungsabteilung.

In einigen Abteilungen war die personelle Dotierung völlig ungenügend und die Struktur musste verbessert werden. Wir haben noch vieles zu tun, bis wir ein moderner Betrieb sind, der in der Lage ist, seine vom Gemeinwesen vorgegebene Aufgabe möglichst effizient zu erfüllen und für die Bürgerinnen und Bürger diejenigen Dienstleistungen zu erbringen, die zu recht verlangt werden. Es ist eine grosse Täuschung, wenn man meint, das Bauen werde für Bauherren und Architekten einfacher, wenn die Verwaltung mit Hilfe des Personalstopps gelähmt werde. Das Gegenteil ist der Fall: Die Fristen können nicht eingehalten werden, die Beratungen funktionieren nicht, es gibt überall zu lange Wartezeiten. Kurz, der Schaden für Architekten und Bauherren ist auch finanziell grösser als die Kosten für die notwendigen Stellen. Leider kann aber nicht alles in zwei Jahren wieder gut gemacht werden, was vorher während Jahren vernachlässigt wurde.

Stichworte "Stadtentwicklung und Städtebau"

Verschiedene Verwaltungsabteilungen, Kommissionen und Gremien haben Einfluss auf die Planung, auf Stadtentwicklung und städte-

bauliche Fragen. Die Abteilung, die sich mit der Bau- und Zonenordnung befasst, das Büro für Begutachtungen, das Baukollegium, die Denkmalpflege, aber auch die Durchführung von Wettbewerben gehören dazu.

Wie ich Ihnen bereits gesagt habe, wurde im Bauamt II der Zonenplan und die Bauordnung nach der öffentlichen Auflage neu bearbeitet. Gemäss den übergeordneten Zielsetzungen, Stabilisierung der Bevölkerungszahl, Stabilisierung der Anzahl Arbeitsplätze, Erhaltung der Stadtstruktur, Verbesserung der Wohnqualität, wurden verschiedene Änderungen vorgenommen, die schliesslich noch dieses Jahr vom Gemeinderat beraten werden. Eine Stadt existiert aber nicht nur in Plänen, sozusagen in der zweiten Dimension. Was wir brauchen, sind räumliche Vorstellungen. Es ist deshalb meine feste Absicht, im Sinne der Stadt- und Quartierbildstudien der Stadt St.Gallen auch in Zürich vermehrt Vorstudien ausarbeiten zu lassen für diejenigen Gebiete, in denen bauliche Veränderungen voraussehbar sind. Dabei denken wir nicht an genau fixierte Projekte, sondern an Studien, die einen grossen Spielraum offenlassen, die städtebauliche Relevanz des Ortes aber beschreiben und dokumentieren. Wir sollten mit unseren städtebaulichen Vorstellungen immer eine Nasenlänge voraus sein. Private Bauherren sehen sich dann mit diesen Entwürfen konfrontiert und sie werden diese bei ihrer Projektierung mit Vorteil einbeziehen, wenn sie schneller zum Ziel kommen wollen. Sobald die Bau- und Zonenordnung für uns abgeschlossen ist, möchten wir solche städtebaulichen Studien machen.

Stichwort "Büro für Begutachtungen"

Das Büro für Begutachtungen hat die Aufgabe, die Baugesuche hinsichtlich der architektonischen und städtebaulichen Einordnung zu begutachten. Aber das architektonische Gebilde Stadt ist in der Krise, wie u.a. die Bilder gezeigt haben. Stadtbildprägend sind Bauliche Billligware als Resultat von Investitionsstrategien, aber auch und vor allem Bauten für Verkehr, Transport und andere Infrastrukturanlagen. Die Feststellung, dass die gesetzlich verankerten Gestaltungs-Anforderungen des 238 PBG sich bis heute kaum durchgesetzt haben, stimmt. 238 sei offenbar ein Gummiparagraph, gut genug für die heutige Gummiarchitektur und nichts wert, wird häufig beklagt. Hand aufs Herz, wer kennt 238 wirklich? Ich lese ihn zur Sicherheit vor:

"Bauten, Anlagen und Umschwung sind für sich und in ihrem Zusammenhang mit der baulichen und landschaftlichen Umgebung im ganzen und in ihren einzelnen Teilen so zu gestalten, dass eine befriedigende Gesamtwirkung erreicht wird; diese Anforderung gilt auch für Material und Farben."

Es ist nicht nur die Pflicht von Architekten und Bauherren, eine befriedigende Einordnung ihrer Bauten anzustreben, sondern auch eine Aufgabe der Baubewilligungsbehörden, Bauten und Anlagen zu verweigern, die sich unbefriedigend einordnen. Natürlich ist hier ein grosser subjektiver Interpretationsspielraum gegeben. Was heisst schon befriedigend? Ordnen sich die folgenden Bauten befriedigend ein? Ich würde dies in allen Fällen verneinen, dennoch wurden sie gebaut und stehen heute da und schmerzen. Ich haben

den Eindruck, dass bis heute sowohl die Baubewilligungsbehörden wie auch die Gerichte nicht genügend getan haben, um aus dem Gummiparagraphen 238 ein echtes Instrument zur Stadtgestaltung zu machen.

In früheren Jahren wurden zuviele hässliche Bauwerke bewilligt, die sich nur unbefriedigend einordnen. Hier beginnt meine Verantwortung als Vorsteherin des Bauamtes II. Ich habe, stellvertretend für die Allgemeinheit, den Stadtbaumeister und das Büro für Begutachtung zu ermuntern und zu unterstützen in ihren Bemühungen, die Qualitätsskala nach unten nicht einfach offen zu lassen, sondern Qualitätsansprüche zu stellen. Und wenn unsere Verweigerungen in Rekursen angefochten werden und wir bei der Baurekurskommission II nicht Recht bekommen, werden wir vermehrt, im Interesse der ganzen Stadt, das Verwaltungsgericht anrufen. Wo wir aber gute Einordnung verlangen dürfen (Kernzonen, Arealüberbauungen etc.) sind wir gewillt, den Spielraum zugunsten der Qualität auszunützen, auch wenn dies für viele Architekten ein Aergernis bedeutet, wenn ein Kollege, dazu noch ein Beamter, die Qualität ihrer Projekte beurteilt und manchmal bemängelt. Eine ebenso wichtige Aufgabe ist die Beurteilung und Bewilligung von Reklamesuchen. Leider wird in unserer Stadt in dieser Hinsicht viel gesündigt. Ich denke, dass Architekten einen grossen Einfluss auf Bauherren hätten und diese in ästhetischer Hinsicht beraten könnten. Jede Reklame, die nicht geklebt wird, ist ein Gewinn.

Stichwort Baukollegium

Das Baukollegium ist eine den Stadtrat und die Bausektion II bera-

tendes Gremium, welches die wichtigen Bauwerke, die Gestaltungspläne und die Arealüberbauungen in städtebaulicher Hinsicht begutachtet und seine Empfehlungen formuliert. Ich bin über das grosse Engagement für unsere Stadt und die Ernsthaftigkeit der Arbeit der Mitglieder dieser Kommission sehr erfreut. Was doch einigermaßen verwundert, ist das Echo, welches die Arbeitsweise des Baukollegiums in letzter Zeit ausgelöst hat. Bis auf drei Mitglieder, welche ganz zu Beginn meiner Amtsdauer neu dazu gekommen sind, ist die Zusammensetzung des Baukollegiums dieselbe wie früher. Nun hat das Baukollegium einen politisch nicht genehmen Entscheid gefällt. Es hat sich gegen das jetzt vorliegende Projekt HB-Südwest auf eine sehr differenzierte und doch deutliche Art und Weise nach langer, gründlicher und intensiver Arbeit ausgesprochen. Anstatt dass man sich nun mit diesem städtebaulich und architektonisch völlig unmöglichen Projekt intensiv befasst, versucht man, die Mitglieder des Baukollegiums zu diffamieren, indem man ihnen unlautere Motive unterschiebt. Diese altbekannte Manier der Diffamierung anstatt der sachlichen Auseinandersetzung ist schlechter politischer Stil, wird das Baukollegium aber nicht davon abhalten, nach besten Wissen und Gewissen im Dienste unserer Stadt zu arbeiten. Heute haben Sie in der Zeitung gelesen, dass das Baukollegium auch das Projekt "Utopark" abgelehnt hat. Es ist für mich völlig unverständlich, dass ein so grosses Bauherr wie die Steiner AG nicht den Ehrgeiz hat, dort ein Superprojekt zu realisieren. Da kann man nur den Rat geben "Try it with an architect". Das Baukollegium sucht - in Zusammenarbeit mit den Architekten - nach den besten städtebaulichen und architektonischen Lösungen. Ich werde in den nächsten Monaten der Öffentlichkeit -

zusammen mit Mitgliedern des Baukollegiums - an einigen Beispielen die Arbeitsweise dieser Kommission vorstellen.

Stichwort "Wettbewerbe"

Wo die Stadt selber als Bauherrin auftritt, muss sie möglichst vorbildlich handeln. Deshalb werden, wenn immer möglich und sinnvoll Wettbewerbe durchgeführt, in der Hoffnung, die bestmöglichen Projekte zu erhalten. Ein Wettbewerb ist aber nur so gut, wie die Vorbereitung des Programms und die Jury. Um die Architekturdiskussion zu verbreiten, sollen Experimente mit öffentlicher Jurierung von Wettbewerben gemacht werden. Damit wird einer interessierten Öffentlichkeit Einblick in den Werdegang eines Projekts und die Kriterien der Jury gegeben. Die Akzeptanz eines Bauwerkes bei der Quartierbevölkerung kann auf diese Weise gefördert werden. Ob sich diese Form der Jurierung bewährt, wird sich am Projekt Quartierzentrum Schwammendingen zeigen. Ich bin mir bewusst, dass es keine demokratische Architektur gibt. Aber durch eine Architekturdiskussion kann das Verständnis für diese Kunst gefördert und verbreitet werden. Wenn das Neue wirklich besser ist als das Alte, kann die angstvolle Abwehr breiter Bevölkerungsschichten gegen Neubauten abgebaut werden. Eigentlich ist die heftige Ablehnung schlechter Bauten durch die Bevölkerung doch eine gesunde Reaktion. Die Menschen sehnen sich nach schönen Häusern. Leider können sie sich häufig nur noch an dem orientieren, was vor den happy sechziger Jahren gebaut wurde.

Die Verbesserung der baulichen Qualität ist ein langsamer Prozess, welcher Jahre dauern wird und ein Kampf, der im Interesse der

Oeffentlichkeit zu führen ist.

Stichworte Baupolizei, Bausektion II

In Zürich kann nicht mehr gebaut werden, lautet die immer wieder gehörte Klage. Tatsache ist, dass wir 1987 25% mehr Baubewilligungen erteilt haben als im Jahr zuvor, nämlich 2569 anstatt 2075. Von den 2569 Baugesuchen wurden lediglich 120 verweigert. Im selben Zeitraum haben wir die Pendenzen weiter abbauen können: Im Dezember 1986 waren über 300 unerledigte Gesuche hängig, im Dezember 1987 waren es noch 220. Die Zahl der nicht fristgerechten Baugesuche konnte im Jahre 1987 von 35% auf 23% reduziert werden. Bis Ende 1988 sollten wieder alle Baugesuche in der gesetzlich vorgeschriebenen Frist erledigt werden. Wie Sie wissen, wurde bis heute kein neuer Chef der Baupolizei ernannt. Dies hat seine guten Gründe. Der neue Chef soll eine Abteilung übernehmen, die gut funktioniert und in der keine Pendenzenberge mehr abzutragen sind. Zudem möchte ich jemanden ernennen, der alle Aspekte seiner künftigen Arbeit genau kennt, also aus dem Betrieb selber kommt. Für die Ernennung des besten Baupolizeichefs oder der besten -Chefin lasse ich mir Zeit.

Noch ein Wort zu den Ausnahmegewilligungen. Es ist richtig, dass die Baupolizei und Bausektion II weniger Ausnahmen erteilt als zuvor. Ausnahmen müssen gemäss den gesetzlichen Anforderungen sachlich gut begründet sein. Es ist also nicht so, dass wir überhaupt keine Ausnahmen mehr gewähren. Aber wir sind eine gesetzesanwendende Behörde, die dafür zu sorgen hat, dass alle gleich behandelt werden. Es darf nicht ein Recht für diejenigen geben, die

vorsprechen und für die anderen. Es nützt also nichts, wenn man versucht, die Kreisarchitekten und die Mitglieder der Bausektion II unter Druck zu setzen. Wenn wir ungerechtfertigte Ausnahmen geben, schaden wir den Bauwilligen nur, weil in Nachbarrekursen diese Ausnahmen immer wieder aufgehoben werden und somit ein langer und für Rekurrenten erfolgversprechender Rechtsweg eröffnet wird. Die meisten Ausnahmen werden auch nicht verlangt, um eine ästhetisch bessere Lösung zu erzielen. Meistens geht es um reine Ausnützungsfragen. An einigen Beispielen kann gezeigt werden, dass auch Ausnahmen zur Erzielung besserer städtebaulicher Einordnung von der Baurekurskommission und vom Verwaltungsgericht wieder aufgehoben wurden. So haben wir vor kurzem in Seefeld eine Ausnahme gewährt, weil das Projekt mit der Ausnahme die bessere städtebauliche Lösung war als dasjenige ohne Ausnahmen. Durch Nachbarrekurs wurde diese Bewilligung von der Oberinstanz wieder aufgehoben.

Meine Damen und Herren, ich komme zum Schluss und damit zum Anfang meiner Ausführungen zurück. Meine Utopie ist, dass wir in Zürich nur noch solche und noch bessere Bauten haben werden. Ist das zuviel verlangt? Sie, meine Damen und Herren, können viel dazu beitragen, dass diese Utopie Wirklichkeit wird. Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.